

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Tönning**  
**vom 07.09.2021 - Nr. 3/2021**

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21:26 Uhr

Teilnehmer:

Stadtvertreter Jan Diekmann, Ausschussvorsitzender  
Stadtvertreter Mery Ebsen  
Stadtvertreter Helge Prielipp  
Stadtvertreter Friedrich Busch  
Stadtvertreter Rickmer Jensen  
Helge Harder  
Bgl. Mitglied Heiko Rottmerhusen  
Bgl. Mitglied Herbert Schulz  
Bgl. Mitglied Anke Ahrendt

nicht anwesend:

Stadtvertreter Matthias Krahl  
Stadtvertreter Martin Hansen

Gäste:

Herr Sönke Andersen (ADS GFB), Frau Gesa Görrissen (ADS GFB zu TOP 10b)  
Stadtvertreter Andreas Gülck  
Stadtvertreter Peter Tetzlaff  
Stadtvertreter Uwe Wrigge

von der Verwaltung:

Bürgermeisterin Dorothe Klömmer  
Silke Homann-Vorderbrück, Protokollführerin

1. **Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung mit Schreiben vom 23.08.2021 sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zudem bitte die Verwaltung, so der Vorsitzende, um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt „Änderung der Investitionsplanung im Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung“ unter TOP 9. Eine Sitzungsvorlage wurde am 26.08.2021 verschickt. Durch einen Fehler bei der Tagesordnungsnummerierung in der Einladung verändert sich die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte nicht, sondern lediglich die vorhergehenden Punkte ab „Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzungen des Finanzausschusses“, welcher unter Tagesordnungspunkt 4 läuft, fortfolgend.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung erheben sich keine Einwände.

## 2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nicht-öffentlicher Sitzung beraten werden sollen

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, erklärt, dass die Verwaltung vorschläge, die Tagesordnungspunkte 10 bis 12 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Er stellt den Vorschlag zur Abstimmung.

### Abstimmungsergebnis:

Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses:	9
davon anwesend:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	keine
Stimmenthaltungen:	0

### Tagesordnung:

#### öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
3. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 14.09.2020 sowie vom 02.02.2021
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht der Verwaltung
6. Erlass einer Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)
7. Straßenausbaubeiträge – Austausch der Fraktionen
8. Änderung der Investitionsplanung im Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung
9. Verschiedenes

#### nichtöffentlicher Teil:

10. Rechts- und Vertragsangelegenheiten
  - a) Personalangelegenheiten
  - b) Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Verein ADS-Grenzfriedensbund (ADS) und der Stadt Tönning bezüglich der Erweiterung des ADS Kindergartens in Tönning
11. Stundung, Niederschlagung und Erlass
12. Verschiedenes

### öffentlicher Teil der Sitzung

## 3. Einwendungen gegen die Niederschriften des Finanzausschusses vom 14.09.2020 und vom 02.02.2021

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die Niederschriften über die Sitzungen des Finanzausschusses vom 14.09.2020 und vom 02.02.2021 vorliegen. Die Niederschriften gelten somit als genehmigt.

#### 4. Einwohnerfragestunde

Bei Aufruf des Tagesordnungspunktes sind zwei Einwohner anwesend. Fragen stellen diese nicht.

#### 5. Bericht der Bürgermeisterin/Verwaltung

##### a) Senkung der Kreisumlage

Bürgermeisterin Klömmer berichtet, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 10.08.2021 beschlossen habe, sich der Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kreisverband NF zur Anhörung zur Senkung der Kreisumlage zum 01.01.2021 um 1,5 %punkte und Anhörung zur gleichzeitigen Einführung der differenzierten Kreisumlage anzuschließen. Dies habe Frau Klömmer an den Kreis zurückgemeldet, wo die Beratungen noch ausstehen.

##### b) Genehmigung des Haushaltes 2021

Bürgermeisterin Klömmer erläutert, dass der Haushalt 2021 Anfang Juli 2021 von der Kommunalaufsicht genehmigt worden sei. Allerdings habe die Kommunalaufsicht den von der Stadtvertretung im Rahmen des Haushaltes beschlossenen Kreditrahmen in der Weise geschmälert, dass ausdrücklich in Bezug auf die Maßnahmen Feuerwehrgeräte- und Dorfgemeinschaftshaus Kating der vorgesehene Kredit auf die Planungskosten in Höhe von 60.000,00 € reduziert wurde und für die Erweiterung des Rathauses der Kredit vollständig gestrichen worden sei. Dieses Verfahren halte sie für nicht rechtskonform, da die Kommunalaufsicht wohl den Kreditrahmen schmälern könne, nicht aber einzelne Maßnahmen komplett streichen dürfe. Dies würde die kommunale Selbstverwaltungshoheit unrechtmäßig einschränken. Sie habe hierüber ein telefonisches Gespräch mit dem Landrat geführt und dieser werde den Sachverhalt prüfen und dazu eine Rückmeldung geben.

##### c) Beratungen zur Aufstellung des Haushalts 2022

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass die Haushaltsberatungen zur Zeit verwaltungsseitig vorbereitet und nach den Herbstferien in die Fachausschüsse eingebracht werden. Aufgrund des noch nicht final erstellten Jahresabschlusses 2020 und der noch nicht erfolgten Übernahme dieser Daten in das Planwerk 2022 könne die Beschlussfassung der Stadtvertreter zum Haushalt 2022 erst im Februar des kommenden Jahres erfolgen. Bürgermeisterin Klömmer führt weiter aus, dass man jedoch auch dank der guten Arbeit der Kolleginnen und Kollegen des Amts Eiderstedts bereits gut aufgeholt habe bei der Bearbeitung der noch ausstehenden Jahresabschlüsse und sich nun auf der Zielgeraden befinde. Man warte aktuell auf die Rückmeldung des Kämmerers über die Finalisierung des Jahresabschlusses 2020, um anschließend den Rechnungsprüfungsausschuss einladen zu können. Weiterhin gibt Bürgermeisterin Klömmer einen Ausblick auf die Zeitplanung für die Haushaltsentscheidung 2023, wonach die finale Beratung im Dezember 2022 erfolgen sollen.

##### d) Auftragsvergabe zur Neukalkulation der Abwassergebühren

Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass die Stadtverwaltung das Unternehmen Kubus mit der Neukalkulation der Abwassergebühren beauftragt habe.

- e) Nachkalkulation der Erschließungs- und Kanalanschlusskosten Baugebiet B19, 3. Bauabschnitt / Paul-Dölz-Strasse  
Bürgermeisterin Klömmer erläutert, dass im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplan Nr. 19 der Stadt Tönning die Maße der baulichen Nutzung für die Grundstücke im 3. Bauabschnitt, auf denen Reihenhausbebauung zulässig ist, erhöht würden. Daher habe die Verwaltung die Erschließungs- und Kanalanschlusskosten, welche die Maße der baulichen Nutzung (GRZ / GFZ) als Maßstabsgröße hätten, nachkalkuliert und das Ergebnis den Investoren, welche den Zuschlag für diese Grundstücke erhalten haben, mitgeteilt.
- f) Überarbeitung der Satzung Obdachlosenunterkunft  
Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass die Verwaltung zur Zeit die Satzung Obdachlosenunterkunft überarbeite und eine Neukalkulation der Gebühren vornehme.
- g) Neukalkulation Kur- und Tourismusabgabe  
Bürgermeisterin Klömmer teilt mit, dass die Bearbeitung des Themas pandemiebedingt seinerzeit zum Erliegen gekommen sei und man nunmehr auf die Rückmeldung des Amts Eiderstedt warte, wann das Thema fortgeführt werden könne.

## 6. Erlass einer Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung)

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Es erfolgt eine kurze Aussprache, an welche die Beschlussfassung anschließt.

### Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, die Satzung der Stadt Tönning über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung) in der Fassung der Vorlage der Verwaltung zu beschließen.

### Abstimmungsergebnis:

Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses:	9
davon anwesend:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	keine
Stimmenthaltungen:	keine

## 8. **Straßenausbaubeiträge – Austausch der Fraktionen**

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, verweist auf den Antrag der AWT, Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und führt aus, dass seit längerer Zeit keine entsprechenden Beiträge mangels Durchführung entsprechender Maßnahmen im Stadtgebiet erhoben worden seien. Gleichwohl seien in der Vergangenheit Straßenausbaubeiträge erhoben worden. Aufgrund der aktuellen

Rechtslage bestehe für die Stadt keine Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und es gäbe neben dem Verzicht auf Beitragserhebung eine Vielzahl an weiteren Finanzierungsmodellen. Bürgermeisterin Klömmer ergänzt, dass zur heutigen Sitzung der zuständige und fachkundige Mitarbeiter des Amtes Eiderstedt leider krankheitsbedingt nicht teilnehmen könne und daher auch keine detaillierten Informationen bzw. Vorlagen vorgelegt werden könnten. In Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden solle die Sitzung vielmehr dem Austausch der Fraktionen dienen, aus denen sich ggf. Tendenzen erkennen ließen. Während einer regen Diskussion weist Stadtvertreter Busch daraufhin, dass im Falle einer Absetzung von Beiträgen zu klären sei, wie mit noch laufenden zahlungspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern verfahren werde, welche noch für bereits abgeschlossene und umgesetzte Maßnahmen Zahlungen leisten müssen.

Hierauf erwidert Bürgermeisterin Klömmer, dass eine neue Regelung keine Änderung für bereits abgeschlossene Baumaßnahmen bedeute, die bereits abgerechnet und rechtskräftig beschlossen seien auch wenn hierauf im Rahmen von Stundungen o.ä. noch Zahlungen geleistet würden.

Herr Schulz, bürgerliches Mitglied, berichtet, dass die Stadt Bredstedt ein Modell in Form von wiederkehrenden Beiträgen zur Finanzierung der Straßenausbaubeiträgen umgesetzt habe. Hier wird in der weiteren Diskussion deutlich, dass besonders zum Modell von wiederkehrenden Beiträgen vertiefende Hintergrundinformationen dienlich wären. Bürgermeisterin Klömmer weist auf die Bandbreite an Finanzierungsmodellen hin und führt aus, dass die Vorgabe einer „Richtung“, welche die Stadt einschlagen wolle, durch die Fraktionen hilfreich sei, damit die Verwaltung konkrete Entscheidungsvorlagen erarbeiten könne. Solle es um eine komplette Abschaffung der Beiträge gehen oder um eine Reduktion der Beiträge, für welche es unterschiedliche Ansätze geben könne, oder um ein gänzlich neues Finanzierungsmodell in Form von wiederkehrenden Beiträgen? Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann fragt die bevorzugten Finanzierungsmodelle bei den Fraktionen ab. Stadtvertreterin Ebsen erläutert, dass die AWT-Fraktion sich für eine Abschaffung der Beiträge ausspreche. Stadtvertreter Harder führt aus, dass die SSW-Fraktion Vorschläge und Informationen zu Finanzierungsmodellen durch die Verwaltung wünsche, prinzipiell ein Verzicht auf Beiträge denkbar sei.

Stadtvertreter Tetzlaff, CDU-Fraktion, spricht sich dafür aus, dass laufende Beiträge für bereits realisierte Projekte bestehen bleiben müssen, jedoch Beiträge für neue Projekte entfallen sollten, sofern die Stadt keine Kürzungen an Zuweisungsbeträgen erhalten würde.

Stadtvertreterin Ebsen ergänzt, dass die Gemeinden zur Finanzierung der Beiträge Gelder aus dem Finanzausgleich erhalten sollten und stellt die Frage, ob dies bereits beziffert werden könne. Bürgermeisterin Klömmer wird sich beim Kämmerer erkundigen. Stadtvertreter Busch, CDU, ergänzt, dass in der Stadt Husum, die ebenfalls als eine der wenigen Kommunen das Modell wiederkehrende Beiträge eingeführt habe, der Unmut in der Bevölkerung über die unterschiedlich hohen, laufend zu zahlenden Beiträge je nach Straßenklassifizierung sehr hoch sei. Daher plädiere er eher für einen Verzicht. Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, fasst zusammen, dass zur weiteren Diskussion und Befassung detailliertere Informationen notwendig seien. Er bittet die Bürgermeisterin diese beim zuständigen Amt Eiderstedt einzuholen.

## 9. Änderung der Investitionsplanung im Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung

Bürgermeisterin Klömmer führt das, dass wiederholt der Piaggio Pritschenwagen ausgefallen sei und es fraglich wäre, ob die benötigten, zur Zeit jedoch schwer zu beschaffenden Ersatzteile zu einer erfolgreichen Reparatur des Wagens führen. Der Piaggio werde zur Leerung der Mülleimer im Stadtgebiet eingesetzt und der Ausfall könne nur schwer und mit deutlich erhöhtem Ressourceneinsatz kompensiert werden. In der Vergangenheit sei der Wagen wiederholt ausgefallen und die Fehlersuche sei erfolglos geblieben. Eine Ersatzbeschaffung sei für das Haushaltsjahr 2022 geplant gewesen, nun habe sich der Bedarf früher eingestellt. Hierzu könnten Mittel aus dem investiven Vermögensplan umgeschichtet werden u.a. durch die Rückstellung der Anschaffung eines Wildkrautbrenners sowie des Ersatzes des Radladers, welche in einer vorgenommenen Priorisierungs- und Dringlichkeitsbetrachtung hinter einem Pritschenwagen einzuordnen sind. Insgesamt wäre eine Neuanschaffung mit rund 23.000 EUR zu beziffern. Dabei werden aktuell mehrere Optionen durch die Verwaltung geprüft:

- Neuanschaffung des Nachfolgemodells des Piaggio Pritschenwagens, welcher bei ca. 23.000 EUR liegt. Das Nachfolgemodell weist jedoch eine größere Fahrzeugbreite auf, was für die engen Straßen im Stadtgebiet nachteilig sein kann.
- Neuanschaffung eines E-Fahrzeugs, Modell Isecci mit einem Kaufpreis von rd. 23.000 EUR. Hier ist jedoch noch die Frage zu klären, wie es sich mit der Entsorgung der Batterie nach Ende der Nutzungszeit des Fahrzeuges verhält. Daher werden zur Zeit auch Leasingmöglichkeiten durch die Verwaltung geprüft.

Die Verwaltung präferiert den Einsatz eines E-Fahrzeugs und hierbei ein Fahrzeugleasing. Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, weist entsprechend darauf hin, dass es bei einem Beschluss zunächst um die Bereitstellung der finanziellen Mittel für eine Ersatzbeschaffung geht, noch nicht um die konkrete Beschaffungsentscheidung. Stadtvertreter Rottmerhusen ergänzt, dass eine Leasingmöglichkeit auch für den Radlader geprüft werden solle, bevor dessen Ersatzbeschaffung auf 2022 verschoben werde. Zudem erfolgt der Hinweis, dass es auch Möglichkeiten gebe, beim E-Auto nur das Fahrzeug zu erwerben und lediglich die Batterie zu leasen. Auch dies solle durch die Verwaltung geprüft werden. Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung.

### Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt die Änderung der Investitionsplanung im Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung wie folgt: Von den zur Verfügung stehenden 49.700 Euro werden 23.000 Euro für die Neuanschaffung eines Müllfahrzeuges vorgesehen. Zuvor sollte die Möglichkeit eines Fahrzeugleasings geprüft werden. Gleichzeitig wird die Anschaffung eines Radladers in 2021 nicht realisiert und für den Wirtschaftsplan 2022 vorgemerkt.

Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend:	9
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	keine
Stimmenthaltungen:	keine

**10. Verschiedenes**

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Diekmann, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:31 Uhr.

gelesen und genehmigt

Jan Diekmann  
Vorsitzender

Silke Homann-Vorderbrück  
Protokollführerin